

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

In dieser Ausgabe:

die Weihnachtsgans
europäische Verträge
Wiki-Leaks
Castortransport
Hartz IV

Keine Mehrheit gegen Rente ab 67

Foto: Astrid-Ketting pixelio.de

Inhalt

Keine Mehrheit gegen Rente ab 67.....	Seite 03
von Dr. Dagmar Enkelmann	
Wer dann vernünftig ist und kann's sich leisten, kauft sich eine Gans	Seite 04
von Kirsten Tackmann	
Europäische Verträge vollständig überarbeiten	Seite 06
von Thomas Nord	
Klatsch, Tratsch und Brandgefährliches	Seite 07
von Wolfgang Nešković	
Castor nach Lubmin	Seite 08
von Sabine Stüber	
Hartz IV bleibt Armut per Gesetz	Seite 09
von Diana Golze	
Pressemitteilungen	Seite 10
Anträge, Anfragen & Initiativen	Seite 13
Reden	Seite 16
Kontakt	Seite 17
Impressum	Seite 18

Keine Mehrheit
gegen Rente ab 67

von Dr. Dagmar Enkelmann

Mehrfach hatte DIE LINKE ihre Kritik an der Rente ab 67 auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt - in dieser Woche war die Bundesregierung an der Reihe: Sie stellte, wie gesetzlich vorgeschrieben, ihren Bericht zur Beschäftigungslage Älterer vor. Von Kritik allerdings keine Spur. Bei der Rente ab 67 erweist sich die Regierung wieder einmal als Meisterin im Schönreden.

Nach den Zahlen des Arbeitsministeriums gelten zwar 38 Prozent der 60-64jährigen als beschäftigt - aber nur dann, wenn sowohl Selbständige, Beamte, mithelfende Familienangehörige als auch Menschen mit Ein-Euro- und Minijobs mitgerechnet werden. Jede Arbeitsstunde zählt, egal ob schlecht oder gar nicht bezahlt, ob Vollzeit oder mindestens eine Stunde in der Woche. Werden nur die Vollzeit-Beschäftigten unter den 60- bis 64-Jährigen betrachtet, schrumpft die Quote schon auf 27 Prozent, bei 64-Jährige insgesamt auf 14 und für Frauen in diesem Alter auf nicht einmal sieben Prozent. Vom „Aufbruch in einen altersgerechten Arbeitsmarkt“ kann wahrlich keine Rede sein.

Wer - und das ist die übergroße Mehrheit - mit 64 nicht mehr arbeitet oder arbeiten kann, für den bedeutet die ab 2012 einsetzende Anhebung der Altersgrenze eine sofortige Rentenkürzung. Das wollte DIE LINKE verhindern und hatte vorgeschlagen, die Anhebung des Rentenalters zunächst um vier Jahre zu verschieben. Das haben die anderen Fraktionen abgelehnt. Auch die weitergehende Forderung der LINKEN, die Rente ab 67 ersatzlos zu streichen, fand keine Mehrheit im Parlament. Angeblich würden dann die Jüngeren zu stark zu Gunsten der Älteren belastet. Dabei müsste, fiel die Rente ab 67 weg, der Beitragssatz zur gesetzlichen Rente - bei paritätischer Finanzierung - für Beschäftigte bis 2029 um einen viertel Prozentpunkt steigen. Nach heutigem Durchschnittsverdienst wären das sieben Euro im Monat.

Der LINKEN geht es nicht allein um die Ablehnung der Rente ab 67 - wir wollen vor allem eine Neukonzipierung der Altersvorsorge mit dem Kern einer gestärkten gesetzlichen Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, in der die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben ist, bei der auch Einkommen wie Mieten und Pachten berücksichtigt werden und wo hohe Rentenansprüche nach dem Schweizer Modell gedeckelt werden. Die Rente ab 67 wäre dann Schnee von gestern.

Alle Wahlperioden wieder und so auch in dieser Sitzungswoche stellte DIE LINKE eine Reihe von Anträgen zur Rente Ost, die bestehende Lücken und Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung beseitigen sollen. Auch 20 Jahre nach der Einheit geht die Zahl der davon betroffenen Menschen in die Hunderttausende. So sind nach wie vor rund 300 000 in der DDR Geschiedene, fast ausnahmslos Frauen, rentenrechtlich benachteiligt, desweiteren ca. 80 000 ehemalige Reichsbahner und 30 000 Postbeschäftigte. DIE LINKE wird zudem erneut einen Antrag zur generellen Angleichung des Rentenwert Ost ans Westniveau einbringen.



Wer dann vernünftig ist und kann's sich leisten, kauft sich eine Gans (Wilhelm Busch)

von Kirsten Tackmann

Über fünf Millionen Gänse werden in Deutschland pro Jahr verspeist – die meisten zu Weihnachten. Da sind sie ausgewachsen und reif.

Aber das Bild der schnatternden Gänseschar, die sich morgens auf die Wiese und abends, satt von frischem Gras zurück in den fuchssicheren Stall treiben lässt, trifft nur für die wenigsten der im Supermarkt angebotenen gefrorenen Vögel zu. 80 % der in Deutschland vertilgten Gänse kommen aus der Turbomast, häufig – aber nicht nur – aus dem osteuropäischen Raum. Ein günstiger Braten einer tiefgefrorenen Mastgans kostet z.B. 2,99 € pro Kilo. Für eine Gans vom Bauern nebenan oder auf dem Markt kostet das Kilo mindestens 10 €, bei Biogänsen sind bis zu 15 € zu berappen. Das kann sich nicht jeder leisten.

AIso doch eine Gans aus der Tiefkühltruhe des benachbarten Discounters? Die Sache hat einen Haken. Sogar mehr als einen – nicht nur den an dem die mit Maisbrei gefüllten Stopfbehälter hängen.

Die Gänse werden schnell, also billig „produziert“. In oft fensterlosen Hallen und drangvoller Enge müssen die Tiere in kurzer Zeit an Gewicht zulegen, um eine profitable Fleischproduktion zu ermöglichen. Den fehlenden Auf-Preis dafür zahlen die Gänse, die unter Gelenkentzündungen, Knochenbrüchen oder Atemnot leiden oder das eigene Gewicht nicht mehr tragen können.

Oftmals ist der Weihnachtsbraten das Abfallprodukt eines ganz anderen, profitableren Produkts – der Stopfleber. Also einer Gänsefettleber, die Ergebnis einer quälerischen Zwangsernährung ist. Dabei kommen Stopfbehälter mit Mais ins Spiel, durch die den Gänsen der Brei gewaltsam durch den Schlund gedrückt wird. Das zerdrückt nicht nur die anderen Organe der Tiere, sondern lässt sie krank und apathisch auf dem engen Boden liegen. Geschnattert wird dort schon längst nicht mehr.

Aber das ist nicht die einzige Grausamkeit, die Gänsen im Namen einer „Geiz-ist-geil“-Mentalität angetan wird. Da ist auch das schmerzhaft Rupfen der Daunenfedern bei lebendigem Leibe, dass die Tiere unter Schock überstehen, ein Weiteres unter vielen grauenhaften Details.

Der Europarat hat 1999 eine Empfehlung ausgesprochen, diese Mastmethoden nicht mehr anzuwenden. Doch eine Empfehlung scheint nicht auszureichen. Zu lukrativ scheint das Geschäft mit den Turbo-Gänsen auch für deutsche Massenzuchtbetriebe.

Die Weihnachtsgans für meine Familie kommt seit Jahren aus einem Bio-Betrieb in Schöneberg, unserem kleinen Nachbarort. Die hatte das Glück ihr Gänseleben schnatternd und weidend auf der Wiese zu verbringen. Ihr Fleisch ist kräftig und nicht zu fett, da sie sich den ganzen Tag bewegt. Sie ist nicht billig, aber jeden Euro das Kilo wert.

In meinem Wahlkreis, in der Prignitz und Ostprignitz-Ruppin, gibt es nicht wenige Bauern, die ihre Produkte – nicht nur Gänse – regional vermarkten. Ich setze mich dafür ein, dass die regionale und saisonale Vermarktung einen größeren Stellenwert erhält. Immer mehr Menschen wollen Produkte aus ihrer Region. Das erhält und schafft Arbeitsplätze, das sichert ökologisch sinnvoll regionale Stoffkreisläufe.

Damit sich das jeder leisten kann und nicht nur zu Weihnachten, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn – auch in der Landwirtschaft. Und natürlich auch Hartz IV- Regelsätze, die sich am Warenkorb – also am tatsächlichen Bedarf – orientieren und nicht an den untersten 15 Prozent der Gesellschaft. Das nutzt auch der regionalen Landwirtschaft, denn dann wird niemand gezwungen sein, ganzjährig das Billigste zu kaufen. Das Billigste, das oft auch das Ungeündeste und manchmal qualvoll Produzierte ist.

Foto: Wettstein Heini pixelio.de

Europäische Verträge vollständig überarbeiten

von Thomas Nord

DIE LINKE hat als einzige Partei gegen das Hilfspaket für Griechenland, gegen den Euro-Rettungsschirm und gegen das Irland-Paket gestimmt. In allen Fällen schützt der Euro-Rettungsschirm nicht den Euro, sondern die Banken. Diese benötigen unsere Hilfe nicht. Unsere Solidarität gilt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Rentnerinnen und Rentnern und den vielen anderen Menschen, die jetzt die Suppe auslöffeln sollen.

Die Bundesregierung behauptet, dass es keine Handhabe gegen Krisenprofiteure und für eine Regulierung der Finanzmärkte gibt, weil die EU-Verträge dies nicht zulassen. Wenn das so ist, dann müssen die Verträge verändert werden. Wer europaweit den Sozialabbau gegen die Menschen vorantreibt, der hätte auch die Kraft, Spekulanten zur Kasse bitten. Aber die schwarz-gelbe Bundesregierung hat daran genau so

wenig Interesse wie die Europäische Kommission und der Europäische Rat.

Wer jetzt Banken rettet, aber Finanzmärkte jetzt nicht reguliert, der treibt die EU in eine existenzielle Krise. Das zeigt die Debatte über einen zukünftigen Mechanismus zur Krisenbewältigung, kaum wird nur darüber nachgedacht, private Gläubiger zu beteiligen, schießen die Zinssätze für portugiesische und spanische Staatsanleihen in die Höhe. Die irische Regierung muss dazu bewegt werden, die Dumpingsteuer für Unternehmen anzuheben. Aber da beruft man sich auf die nationale Souveränität.

Wo bleibt dieses Argument bei dem größten Sozialabbau in Europa seit dem II. Weltkrieg. Da hat man den IWF an Bord, der die Staaten nötigt, die Mehrwertsteuer anzuheben, die Löhne zu senken, den Kündigungsschutz abzubauen, das

Renteneintrittsalter zu erhöhen. Da ist alles erlaubt. Nichts hindert die EU, das durchzusetzen. Wenn aber Profite abgeschöpft werden sollen, geht nichts mehr. So schützt man den Euro nicht vor weiteren Angriffen, im Gegenteil, man fordert sie heraus.

Die Rettung Irlands ist kein unabhängiges Phänomen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Portugal fällig wird oder Belgien. Portugal soll unter den Schirm, damit Spanien nicht fällt. Schon wird die Forderung nach einer Verdoppelung des Rettungsschirms laut. Nach Spanien kommt Italien. Was kommt dann? Wenn es nach Schwarz-Gelb geht, sollen, diejenigen, die wenig haben und sich schlecht wehren können, die Zeche zahlen. Das wird Europa weiter destabilisieren. Deshalb hat DIE LINKE auch das Finanzpaket für Irland abgelehnt. Wir fordern eine vollständige Überarbeitung der europäischen Verträge.

Klatsch, Tratsch und Brandgefährliches

von Wolfgang Nešković

Wikileaks veröffentlicht nach und nach 250.000 interne Dokumente der amerikanischen Botschaften. Damit verursacht die Organisation einen diplomatischen Eklat nach dem anderen. Die teils geheim eingestuftten Papiere verursachen großen Aufruhr. Die US-Regierung entschuldigte sich bereits vorab bei Regierungen, die in den Dokumenten wenig schmeichelhaft wegkommen.

Ein Blick in die bislang veröffentlichten Papiere zeigt, dass deren Inhalte höchst unterschiedlich sind. In Deutschland haben vor allem Klatsch und Tratsch aus der Berliner Botschaft Schlagzeilen gemacht. Wer in den vergangenen Jahren Zeitung gelesen oder Nachrichten geschaut hat, ist freilich wenig überrascht. Merkel rational, Westerwelle wenig sachkundig, Seehofer unzuverlässig – wen wundert's?

Andere Dokumente freilich haben es in sich. So zeigt Wikileaks, für wie gefährlich Oberhäupter einiger arabischer Länder das iranische Regime einstufen. Während sie öffentlich die Solidarität mit der Regierung Ahmadinedschad beschwören, bitten sie die Amerikaner in Geheimgesprächen um einen militärischen Schlag gegen den Iran. So etwas birgt Sprengstoff und kann nicht nur die diplomatischen Verhältnisse von Staaten untereinander, sondern unter Umständen auch ganze Regionen nachhaltig destabilisieren.

Einige Veröffentlichungen bewegen sich zwischen diesen beiden Polen. Sie beleuchten sensible Sachverhalte, die in der Vergangenheit liegen und deren Aufdeckung potenziell die Anliegen von Menschenrechtsbewegungen unterstützt. So veröffentlicht Wikileaks auch Inhalte, die sich mit den Praktiken der CIA im „Krieg gegen

den Terror“ beschäftigen. Nach wie vor ist öffentlich ungeklärt, welche Rolle die Deutschen bei manchen der CIA-Entführungen gespielt haben und welche Kenntnis die Regierung über illegale CIA-Gefängnisse in Europa hatte. Wenn Licht in diese Grauzonen kommt, ist das gut für die Demokratie.

Wikileaks wirbelt also in jedem Fall ordentlich Staub auf. Die Organisation bewegt sich jedoch auf einem schmalen Grat. So wenig es ein Problem ist, Diplomatenratsch zu veröffentlichen, so gefährlich ist das Zündeln auf Feldern wie dem Nahost-Konflikt oder der Auseinandersetzung mit Iran. Dem muss sich die Organisation bewusst sein. Sie ist Teil dieser Welt, mitsamt all ihrer unüberschaubaren Komplexität. Hier sind Vorsicht und Rücksicht geboten, ebenso wie eine klare Absage an jeglichen Allmachtsgehalt.



Foto: Gerd Altmann pixelio.de

Castor nach Lubmin

Bundesregierung setzt auf Protestmüdigkeit im Osten

von Sabine Stüber

Der zwölfte Castor-Transport erreichte am 9. November das Zwischenlager in Gorleben. Die traditionsreiche Anti-Atomkraftbewegung im Wendland schätzt die Proteste als großen politischen Erfolg ein. Die Strecke wurde zwar durch die Polizei freigeräumt, aber der gesellschaftliche Konflikt um die Atomenergie kann so nicht ausgeräumt werden. Das haben die vielen Menschen, hunderttausend im September in Berlin, erstmals fünfzigtausend im Wendland, deutlich gezeigt.

Eine Erfahrung wurde für die Atomkraftgegner zum geflügelten Wort: Nach dem Castor ist vor dem Castor. Der Transport, der jetzt so vorweihnachtlich leise durchs Land geschickt werden soll, bringt fünf Castor-Behälter aus Karlsruhe und vier Behälter aus dem französischen Cadarache nach Lubmin. Man hofft auf den Weg des geringsten Widerstandes im Osten. Daraus wird nichts. Protest organisiert sich schon. Am 11. Dezember gibt es eine große Auftaktkundgebung in Greifswald. Wir sind als DIE LINKE gemeinsam mit vielen anderen dabei. Die Ankunft des Transports wird auf den 15. Dezember geschätzt. Die genaue Streckenführung ist noch nicht bekannt. Aber der Osten schläft nicht

und ist auch nicht protestmüde. Auch die LINKE Barnim ruft schon zu Protesten gegen den Atommülltransporte an Strecke in Brandenburg auf.

Aber, es geht nicht nur um den Castortransport, sondern wieder einmal um die Verlässlichkeit von Politik. Deshalb hat der Anti-Atom-Widerstand eine neue Qualität erreicht. Noch nie waren Proteste der Atomkraftgegner in ganz Deutschland so groß wie in diesem Jahr. Mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke begehrt die jetzige Bundesregierung durch ihrer Klientelpolitik zugunsten der Energiekonzerne Vertrauensbruch an der Bevölkerung.

Laut Aussagen von Experten sind Castoren auf Dauer weder strahlungssicher noch stabil. Es gibt seit vielen Jahren Erkenntnisse aus der Materialkunde, die belegen, dass sich Neutronenstrahlung und Radioaktivität der Castor-Wandung mit zunehmender Betriebszeit in gefährlicher Weise verstärkt. Die-

se unbequemen Erkenntnisse werden seit Jahren ignoriert.

Es gibt keine sicherheitstaugliche Technik für Atomkraftwerke. Wir wissen nicht wohin mit dem radioaktiven Abfall. Deshalb kann die Forderung nur lauten: Jetzt abschalten!

Das Zwischenlager in Lubmin sollte ausschließlich als Zwischenlager für Brennelemente aus dem Abbau ostdeutscher Atomkraftanlagen dienen. Das war die Verabredung zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Bund. Bisher war das auch so. Der letzte Castor-Behälter aus Rheinsberg und der Reaktordruckbehälter aus dem AKW Rheinsberg wurden in den Jahren 2006/2007 in Lubmin eingelagert.

Die Menschen in Lubmin wollen eine wirtschaftliche Zukunft für ihre Region, und die heißt Seebad Lubmin. Sie wollen eine gesunde Umwelt und kein „Atomklo Nordost“.

Größte Anti-Atom-Demonstration Ostdeutschlands am 11. Dezember um 13.00 Uhr auf dem Marktplatz in Greifswald! Für die Tage des Transports (geschätzte Ankunft rund um den 15.12.) sind verschiedene Aktionen und Blockaden geplant (<http://www.lubmin-nixda.de/Aktuelles.htm> oder www.ausgestrahlt.de).

Hartz IV bleibt Armut per Gesetz

von Diana Golze

Im Februar dieses Jahres hat das Bundesverfassungsgericht die derzeitigen ALG II Regelsätze für verfassungswidrig erklärt. Dem Gesetzgeber wurde der Auftrag erteilt bis zum 31. Dezember 2010 mit einem Gesetz das menschenwürdige Existenzminimum neu zu ermitteln.

Die nun vorgelegte Neuermittlung der Regelsätze durch die Bundesregierung wird den Vorgaben des Verfassungsgerichts in keinem der bemängelten Punkte gerecht. Das Ergebnis der minimalen Anpassung der Regelsätze war nur durch Tricks und politisch gewollte Abschlüsse möglich. Es wird offenkundig, dass das Verfahren so organisiert wurde, dass es mehr den Konsolidierungsplänen eines Bundesfinanzministers entspricht als dem, was für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist.

So fällt beispielsweise auf, dass die Höhe von 364 Euro für den neuerechneten Eckregelsatz bereits im Existenzminimumbericht der Bundesregierung von 2008 auftaucht. Eine transparente, vor allem aber eine nachvollziehbare Berechnung,

wie sie das Bundesverfassungsgericht eingefordert hat, sieht anders aus.

DIE LINKE hat nun ihre Kritik an dem zu Lasten der Ärmsten schönerechneten Neuberechneten Regelsatz untermauert.



In einer Studie, die genau wie der Vorschlag der Bundesregierung vom Statistischen Bundesamt angefertigt wurde, belegt sie die Rechentricks schwarz auf weiß und mit konkreten Zahlen und stellt eindeutig heraus, welche politischen Entscheidungen genutzt

wurden, um das berechnete Existenzminimum niedrig zu halten. Allein durch die Herausnahme der sogenannten verdeckt Armen würde der Regelsatz um 20% bzw. um 28,- € steigen.

Verzichtet man dann auf besonders willkürliche Abschlüsse, wie die Streichung von Weihnachtsbäumen, Beiträge für Hausrats- und Haftpflichtversicherungen oder Benzinkosten, steigt der Regelsatz nochmals um 73,- €.

Der Bundestag hat nun mit den Stimmen der Schwarz-Gelben Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, das mit der Lebenswirklichkeit der Menschen, die von ALG II leben müssen, nichts zu tun. DIE LINKE wird alles tun, um diese soziale Ungerechtigkeit zu verhindern – in den Landtagen, im Bundesrat und auf außerparlamentarischem Weg.

Eins aber ist sicher: Das Haus von der Leyen hat mit seiner freihändigen Berechnung des neuen Regelsatzes einen neuerlichen Verfassungsbruch begangen. Darum sagt DIE LINKE NEIN zu diesem Gesetz! Nächster Halt: Karlsruhe, Bundesverfassungsgericht!

Pressemitteilungen

LINKE beantragt Baustopp für Stuttgart 21

Dagmar Enkelmann 29.11.2010

„Erste Konsequenz aus der Schlichtung muss ein wirklicher Baustopp für Stuttgart 21 sein. Wer - wie die Kanzlerin - die Landtagswahl zum Entscheidungstag über das Projekt stilisiert, darf die Bürgerinnen und Bürger dann auch nicht vor vollendete Tatsachen stellen“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE anlässlich des bevorstehenden Schlichterspruchs zum Großvorhaben. Enkelmann weiter:

„Es reicht nicht, dass sich Bundestag und Bundesregierung mit den Ergebnissen der Schlichtung befassen - es muss eine klare Positionierung her. Die DIE LINKE ist für einen demokratischen Entscheid über Stuttgart 21, deshalb ist sie dagegen, dass die Bauarbeiten fortgeführt werden. Ein

entsprechender Antrag steht längst für kommenden Freitag auf der Tagesordnung des Bundestages.“



Foto: Jens Zehnder pixelio.de

Bundesregierung greift den Ärmsten kräftig in die Tasche

26.11.2010 Kirsten Tackmann

„Ich habe in Namentlicher Abstimmung gegen den Haushaltsentwurf der schwarz-gelben Koalition gestimmt, weil die Koalition die soziale Spaltung weiter vertieft und die Interessen ihrer Klientel auf Kosten der Mehrheit bedient. Der aktuelle Bundeshaushalt setzt die Umverteilungspolitik von unten nach oben fort,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann den heutigen Bundestagsbeschluss zum Haushalt 2011.

Tackmann weiter:

„Wenn der Bundeshaushalt die in Zahlen geschriebene Politik ist, dann ist Schwarz-Gelb dabei die Grundlagen unserer Gesellschaft zu zerstören. Sie ist die Lobbyregierung der Atom-, der Pharmaindustrie und der Banken, aber nicht der Krankenversicherten, Rentnerinnen und Rentner, Aufstocker und Hartz IV-Bezieher. Sie regiert nicht im mehrheitlichen Interesse der Bürgerinnen und Bürger oder Kommunen.

Die Bundesregierung kürzt das Elterngeld für die Hartz-IV-Empfänger, streicht die Rentenversi-

cherungsbeiträge für die Arbeitslosen, streicht das Übergangsgeld von Arbeitslosengeld I zu II und die Heizkostenzuschüsse.

Schwarz-Gelb vertieft damit die Spaltung im Land: nicht nur zwischen arm und reich, sondern auch zwischen Ost und West.



Foto: Christian Seidel pixelio.de

Ausgerechnet das Förderprogramm „Soziale Stadt“ wird um 70 Prozent gekürzt.

Das hat auch für Neuruppin konkrete Auswirkungen: über das Programm „Soziale Stadt“ wurden Projekte im Neubaugebiet WK I-III gegen die Gefahr sozialer Abwertung des Wohnumfeldes finanziert wie zum Beispiel der „Neu-Bauwagen“ oder die Stadteilschule. Eine Kürzung der „Sozialen Stadt“ gefährdet nach Einschätzung der Verantwortlichen vor Ort langfristig sämtliche Stadteilarbeit und treibt die Spaltung der Gesellschaft voran.

DIE LINKE fordert eine Politik, die soziale Gerechtigkeit und Zukunftsgestaltung miteinander verbindet und nicht große Teile der Bevölkerung zurücklässt!

Die Haushaltskürzungen - verbrämt als Sparpaket - treffen in besonderer Weise die Menschen in Ostdeutschland. Die pro-Kopf-Kürzung der Sozialleistungen betragen im Durchschnitt 44,56 Euro. In Westdeutschland 36,60 Euro - in Ostdeutschland 76,26 Euro. Im Land Brandenburg sind es 67,78 Euro - im Schnitt. Das heißt, in den ärmeren Landkreisen wie der Prignitz und Ostprignitz werden die negativen Folgen deutlicher zu spüren sein als anderswo.

Gedächtnisstütze Nr. 2 in Sachen Rentenüberleitung

Diana Golze 01.12.2010



„Die Altersarmut auch in Westbrandenburg droht noch größer zu werden. Es kann nicht sein, dass 20 Jahre nach der Wende noch immer mit zweierlei Maß gerechnet wird. Die Lebensleistungen der Ostdeutschen müssen anerkannt werden“, fordert die Wahlkreisabgeordnete der LINKEN Diana Golze.

Es herrscht Schweigen im Walde, so Diana Golze mit Blick auf die Untätigkeit auch dieser Bundesregierung in Sachen Rentengerechtigkeit für Ostdeutschland.

LINKE fordert: Endlich Ungerechtigkeit bei Ost-Renten überwinden

Kirsten Tackmann 02.12.2010

„Neben der diskriminierenden Regelung zu den Rentenpunkten benachteiligt die Rentenüberleitung Ost von 1990 verschiedene spezielle Gruppen, die ihr Arbeitsleben in Ostdeutschland verbrachten. Es ist 20 Jahre nach der Wende nicht hinnehmbar, dass die Alterseinkommen zum Beispiel einer Krankenschwester, eines Beschäftigten in der Land- oder Forstwirtschaft, einer Balletttänzerin, eines Ingenieurs, einer Professorin, eines Polizisten oder einer geschiedenen Frau nur deshalb deutlich niedriger ist, weil sie in der ehemaligen DDR gelebt und gearbeitet haben. Das ist seit Jahren ein Skandal und die Betroffenen werden immer äl-

ter. Abgeordnete anderer Fraktionen wie auch die Kanzlerin selbst hatten 2009 im Wahlkampf angekündigt, die Probleme wenigstens teilweise zu lösen. Trotzdem hat sich bis heute nichts getan. DIE LINKE wird aber keine Ruhe geben, bis die Ungleichbehandlung Ostdeutscher beendet wird. Gerade in den Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs leben überdurchschnittlich viele ältere Menschen. Den höchsten Bevölkerungsanteil Älterer hat die Stadt Brandenburg und die Prignitz. Gerade in den ländlichen Regionen ist Altersarmut für diese Nachkriegsgeneration erstmals wieder real. Aber darüber hinaus

Obwohl Abgeordnete anderer

Fraktionen und auch die Kanzlerin im Wahlkampf 2009 die Hoffnung genährt hatten, wenigstens einen Teil der Probleme zu lösen, ist bis heute nichts geschehen. Der Osten wird eben immer nur im Wahlkampf zur Chefsache. Bereits im Mai hatte die Linksfraktion einen Antrag vorgelegt, der die Probleme summierte und deren Lösung einforderte. Offensichtlich brauchen speziell die Regierungsfaktionen von Union und FDP aber erneut eine Gedächtnisstütze. Diese liegt nun in Form von 18 weiteren Anträgen zu jeder Detailfrage vor.

Am 2. Dezember (Donnerstag) werden diese Anträge in erster Lesung im Bundestag beraten. Die Debatte wird voraussichtlich ab etwa 14 Uhr stattfinden. „Ich fordere alle Wahlkreisabgeordneten dazu auf, sich endlich für die Menschen in ihrem Wahlkreis und für die Gerechtigkeit einzusetzen.“

wäre für diese Menschen die Korrektur des Rentenüberleitungs-gesetzes ein längst überfälliges Signal des Respekts gegenüber ihrer Arbeitsleistung. Schon im Mai dieses Jahres hatte die Linksfraktion einen Antrag vorgelegt, der die Probleme auflistete und Lösungen einforderte. Doch die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten lehnte zum wiederholten Mal die Anträge der LINKEN zur Korrektur der Rentenüberleitungs-gesetze ab. Wir fordern nun erneut: Die Lebens- und Arbeitsleistungen von Ostdeutschen müssen endlich anerkannt werden!“

Pressemitteilungen

Bundesregierung verweigert Antwort zu Mindereinnahmen durch neue Alteigentümerregelungen beim Flächenerwerb

Kirsten Tackmann 26.11.2010

„Die Bundesregierung verweigert die Aussage zu den konkreten Auswirkungen der geplanten Novellierung des Flächenerwerbsänderungsgesetzes (FlErwÄndG) für den Bundeshaushalt und den Bodenmarkt in Ostdeutschland“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE.) die Antwort der Bundesregierung auf ihre parlamentarische Anfrage. Tackmann weiter: „Ich frage mich, was die Bundesregierung mit der fadenscheinigen Auskunftsverweigerung zu verbergen versucht? Damit nährt sie nur weiter unser Misstrauen.“

Denn es geht bei der Gesetzesänderung nicht allein um einen Ausgleich der Nachteile für nicht wirtschaftlich tätige Alteigentümer mit Flächenerwerbsansprüchen, die durch verzögertes Behördenhandeln entstanden sind. Bei dieser Gelegenheit soll gleich noch der Personenkreis mit Alteigentümer-Ansprüchen erweitert werden. Boden ist schließlich seit wenigen Jahren wieder ein attraktives Spekulationsobjekt geworden. Insgesamt geht es um noch über 300.000 Hektar ehemals volkseigener landwirtschaftlicher Flächen, die von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) eigentlich meistbietend europaweit verkauft werden sollen.

Gerade deshalb ist die Frage im Interesse der Allgemeinheit berechtigt, ob die schwarz-gelbe Koalition mit den neuen Alteigentümerregelungen auf mehrere hundert Millionen Euro zum Nachteil des hochverschuldeten Bundeshaushalts verzichtet, um die Lobby nicht-

wirtschaftlich tätiger Alteigentümer zu bedienen. Und es stellt sich auch die Frage nach den konkreten Profiteuren der geplanten Begünstigung der Alteigentümer gegenüber den wirtschaftenden Landwirtschaftsbetrieben am ost-

Ausschüsse überwiesen und sollte im Schnelldurchgang bereits Anfang November dem Bundestag zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ein rot-rot-grüner Antrag auf eine Anhörung im federführenden Haushaltsausschuss hat



deutschen Bodenmarkt.“

Zum Hintergrund:

Der Koalitionsantrag zur Änderung des Flächenerwerbsänderungsgesetzes wurde im vor Kurzem ohne Debatte im Plenum in die

das zunächst verhindert. „Die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Anfrage zur Novelle des „Zweites Flächenerwerbsänderungsgesetz“:

[HIER](#)

Anträge, Anfragen & Initiativen

24.11.2010

► [02.12.2010 – ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4045](#)

Vorschlag der Europäischen Kommission zur Saisonarbeiterrichtlinie zurückweisen

Der Vorschlag der Kommission zur Saisonarbeiterrichtlinie wird kritisiert, weil er auf dem nützlichkeitsrassistischen Konzept der zirkulären Migration beruht und europaweit Lohn- und Sozialdumping fördern würde. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, den Vorschlag im Ministerrat abzulehnen und sich statt dessen für soziale Mindeststandards für Saisonbeschäftigte in der EU und einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland und der EU einzusetzen.

► [02.12.2010 – ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4039](#)

Vorschlag der Europäischen Kommission zur Konzernentsenderichtlinie zurückweisen

Der Vorschlag der Kommission zur Konzernentsenderichtlinie wird kritisiert, weil er auf dem nützlichkeitsrassistischen Konzept der zirkulären Migration beruht und europaweit Lohn- und Sozialdumping fördern würde. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, den Vorschlag im Ministerrat abzulehnen.

► [02.12.2010 – ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4038](#)

Gute Arbeit in Europa stärken - den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland am 01.Mai 2011 einführen

Mit der Einführung eines allgemeingültigen gesetzlichen Mindestlohnes wird eine verbindliche Lohnuntergrenze geschaffen. Der Niedriglohnsektor wird damit eingedämmt und der Quersubventionierung durch ergänzende staatliche Leistungen werden Hürden entgegengestellt. Insbesondere vor dem Hintergrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1.Mai 2011 ist ein gesetzlicher Mindestlohn dringend notwendig um soziale Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern.

► [02.12.2010 – ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4037](#)

Akteneinsichtsrechte Dritter in Verfahrensakten des Bundesverfassungsgerichtes stärken

Der Antrag greift die in einer parallelen Kleinen Anfrage problematisierte Handhabung der Akteinsicht durch Dritte in Akten des Bundesverfassungsgerichts durch dieses auf. Das Gericht beachtet weder einschlägige gesetzliche Bestimmungen im Bundesverfassungsgerichtsgesetz noch im Bundesarchivgesetz. Aufgrund der hohen Relevanz der Entscheidungen für Wissenschaft und Presse, ist eine gesetzliche Klarstellung der Pflichten erforderlich. Darüber hinaus wird eine Kürzung der Schutzfristen verlangt.

► [02.12.2010 – ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4036](#)

Streichung des Begriffes Rasse aus der deutschen Rechtsordnung und internationalen Dokumenten

Der Begriff „Rasse“ ist historisch und ideologisch extrem belastet. In vielen Ländern und Sprachen – insbesondere im kontinentaleuropäischen Raum – gibt es die klare Tendenz, den Begriff „Rasse“ in Bezug auf Menschen zu meiden. Letztendlich sollte der Begriff „Rasse“ in nationalen wie internationalen Rechtstexten nicht mehr verwendet werden, da er selbst rassistische Implikationen mit sich führt. Statt dessen sollte die Formulierung „ethnische, soziale und territoriale Herkunft“ benutzt werden.

Anträge, Anfragen & Initiativen

02.12.2010

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/4029](#)

Profiteure der Krise zur Kasse - Keine weitere Verstaatlichung fauler Bankenkredite bei Finanzhilfen für Irland

Bei den Finanzhilfen für Irland sollen die Banken und Finanzinvestoren, die bisher profitieren, jetzt an den Finanzhilfen beteiligt werden bzw. auf einen Teil ihrer faulen Kredite verzichten. Die Fraktion DIE LINKE will kein erneutes Bankenrettungspaket allein zu Lasten der Steuerzahler. Sie wendet sich zudem gegen die Sozialkürzungen in Irland, die mit dem IWF/EU-Paket verknüpft sind.

01.12.2010

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3993](#)

Die Hinrichtung der Iranerin Sakineh Mohammadi Ashtiani verhindern und weltweit die Todesstrafe abschaffen

Am Beispiel der geplanten Todesstrafe, zuerst durch Steinigung und nun durch Erhängen, der Iranerin Ashtiani spricht sich dieser Antrag der Partei DIE LINKE gegen die Todesstrafe weltweit aus und besonders gegen die grausame Form der Steinigung. Die iranische Regierung wird aufgefordert, Sakineh Ashtiani sofort freizulassen, wenn ihre Beteiligung am Tod ihres Mannes nicht in einem rechtstaatlichen Verfahren bewiesen werden kann.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3992](#)

Stuttgart 21 - Bau- und Vergabestopp

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf einen vollständigen Bau- und Vergabestopp bei Stuttgart 21 bis zu den Landtagswahlen 2011 zu drängen. Der Antrag soll auf den Widerspruch der Bundeskanzlerin hinweisen, die Landtagswahl 2011 zu einer demokratischen Entscheidung über Stuttgart 21 zu stilisieren, vorher aber vollendete Tatsachen zu schaffen

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/3990](#)

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“

Koalition, SPD und Grüne haben sich auf einen neuen Einsetzungsantrag geeinigt, der an die Stelle von Regulation eine nachhaltige neoliberale Ordnungspolitik setzt. Eine kritische Betrachtung des Wachstums im alten SPD/Grünen-Antrag wurde durch Green-Tech als Standortvorteil ersetzt. Wir sind bei keinem der beiden Anträge gefragt worden. Der ursprüngliche SPD/Grünen-Antrag entspricht jedoch im Wesentlichen unserem Herangehen. Wir, DIE LINKE, bringen ihn ein, da SPD und Grüne das nicht mehr tun.

30.11.2010

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3946](#)

Aktuelle Ausgestaltung und notwendiger Reformbedarf bei der Besteuerung von Firmenwagen und geldwerter Vorteile

Die Besteuerung der privaten Überlassung von Firmenwagen wird in Öffentlichkeit und Fachwelt aktuell thematisiert. Eine mögliche Vereinfachung des Steuerrechts in diesem Bereich ist zwar sinnvoll, darf aber nicht einseitig die Interessen der Automobillobby bedienen. Überdies stellt sich die Frage, ob ein unbegrenzter betrieblicher Ausgabenabzug auch für Kraftfahrzeuge der Luxusklasse sachgerecht ist. Wir fragen die Bundesregierung nach diesbezüglichen Reformplänen.

30.11.2010

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3945](#)

Überwachungsmaßnahmen von US-Botschaften

Die US-Botschaft lässt US-amerikanische Einrichtungen in Deutschland von einer geheimen Organisation überwachen, die dazu auch Bürgerinnen und Bürger ausspioniert und ihre persönlichen Daten speichert. Der Surveillance Detection Unit (SDU) gehören demnach neben US-amerikanischen auch deutsche Sicherheitsexperten an.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3944](#)

Patenschaften von Städten, Gemeinden und Landkreisen mit Einheiten der Bundeswehr

Im Nachgang zur Kleinen Anfrage zum selben Thema aus dem Juli 2010 soll die konkrete Ausgestaltung der Patenschaften erfragt und die Einhaltung der einschlägigen Richtlinien überprüft werden.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3943](#)

Konsequenzen aus dem geplanten Abzug britischer Truppen aus Deutschland

Die britische Regierung plant bis 2015 die Anzahl ihrer in Deutschland stationierten Truppen zu halbieren und bis 2020 ihre Truppen völlig abzuziehen. Deswegen stellt sich die Frage der zukünftigen Nutzung der freiwerdenden Liegenschaften unter anderem des zur Zeit als militärisches Übungsgelände genutzten Naturparks Senne. Ziel ist es die Chancen und Rahmenbedingungen für eine zivile Entwicklung der betroffenen Regionen aufzuzeigen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3942](#)

Einsatz von Reizstoffen durch Polizeibehörden von Bund und Ländern

In Verbindung mit dem Einsatz von Reizstoffen - insbesondere von Pfefferspray - durch die Polizei kam es nicht nur zu zahlreichen Verletzungen, sondern sogar zu Todesfällen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3941](#)

Grenzüberschreitende verdeckte Ermittlungen und Observationen

Die Mitgliedstaaten der EU haben Rechtsinstrumente zum grenzüberschreitenden Einsatz verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler entwickelt. Ihr Einsatz unterliegt nationalen Rechtsvorschriften der betroffenen Staaten. Einige machen stark von der Möglichkeit Gebrauch, andere halten sich zurück. Anlässlich eines enttarnten britischen Ermittlers, der auch in Deutschland aktiv war, fragen wir nach der Beteiligung deutscher Behörden, Statistiken der letzten 5 Jahre und damit einhergehenden Bestimmungen.

29.11.2010

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/3579](#)

Freigabe von Akten des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht hat aufgrund seiner Kompetenzen einen besonderen Einfluss auf die Politik. Wissenschaft und Presse haben daher großes Interesse an den Entscheidungsfindungsprozessen innerhalb des Gerichtes, die sich durch Akteneinsicht erschließen lassen. In letzter Zeit wird zunehmend kritisiert, dass das BVerfG vor allem politisch brisante Entscheidungen, wie zum KPD Verbot, trotz entgegenstehender Gesetzeslage nicht zur Einsicht freigibt und zukünftig noch weiter begrenzen will.

REDEN

Europa retten, nicht die Banken

Thomas Nord



Die Bundesregierung behauptet, es gäbe keine Handhabe gegen Krisenprofiteure und für eine Regulierung der Finanzmärkte, weil die EU-Verträge dies nicht zulassen. Wenn das so ist, dann müssen die Verträge verändert werden. Wer europaweit den Sozialabbau gegen die Menschen vorantreibt, der hätte auch die Kraft, Spekulanten zur Kasse bitten. Aber die schwarzgelbe Bundesregierung hat daran genau so wenig Interesse wie die Europäische Kommission und der Europäische Rat.

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

DIE LINKE hat als einzige Partei gegen das Hilfspaket für Griechenland und gegen den Euro-Rettungsschirm gestimmt. Wir stimmen heute gegen die Hilfsmaßnahmen für Irland, denn auch in diesem Fall

schützt der Euro-Rettungsschirm nicht den Euro, sondern die Banken. Diese benötigen unsere Hilfe nicht.

Unsere Solidarität gilt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Rentnerinnen und Rentnern und den vielen anderen Menschen, die jetzt die Suppe auslöffeln sollen.

Sie sagen: Es gibt keine Handhabe gegen Krisenprofiteure und für eine Regulierung der Finanzmärkte. Die EU-Verträge ließen dies nicht zu.

Wir sagen: Die Verträge sind in Kernbereichen ohnehin nicht mehr in Kraft und müssen verändert werden. Wer europaweit den Sozialabbau gegen die Menschen vorantreibt, der hätte auch die Kraft, Spekulanten zur Kasse bitten.

Sie sagen: Wer nicht hilft, die Banken zu retten, riskiert die politische Stabilität der EU.

Wir sagen: Wer jetzt Banken rettet, aber Finanzmärkte jetzt nicht reguliert, der treibt die EU in eine existenzielle Krise. Die Fakten sprechen für sich.

Am 6. Mai wurde das Griechenlandpaket beschlossen. Die Kanzlerin erkannte eine Notsituation. Sicher, Griechenland war in Not. Aber die Ursache war keine Naturkatastrophe. Die Verträge wurden verletzt. Geholfen hat es nicht.

Am 19. Mai sagte die Kanzlerin, dass der Euro in Gefahr ist. In zwei Wochen wurde aus der Griechenland-Krise eine Euro-Krise. Der Euro-Rettungsfond wurde installiert. Die Verträge erneut außer Kraft gesetzt, die Krise nicht gestoppt. Die Folgen für die betroffenen Staaten: Unabsehbar.

Absehbar sind sie für die Banken. Sie werden immer auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler saniert. Sie zahlen, wie zum Beispiel die Hypo Real Estate, weiter satte Gewinne und Boni an ihre Aktionäre und Manager. Sie können sich ohne Risiko auf Staatshilfen verlassen.

Ausgeblieben ist die Regulierung der Finanzmärkte.

Die Debatte über einen zukünftigen Mechanismus zur Krisenbewältigung treibt das Dilemma auf die Spitze. Bei der Zinsentwicklungen für portugiesische und spanische Staatsanleihen ist das zu beobachten.

weiterlesen: [HIER](#)

Kontakt



Sabine Stüber

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Diana Golze

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53II
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Kirsten Tackmann

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Dagmar Enkelmann

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Wolfgang Nešković

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

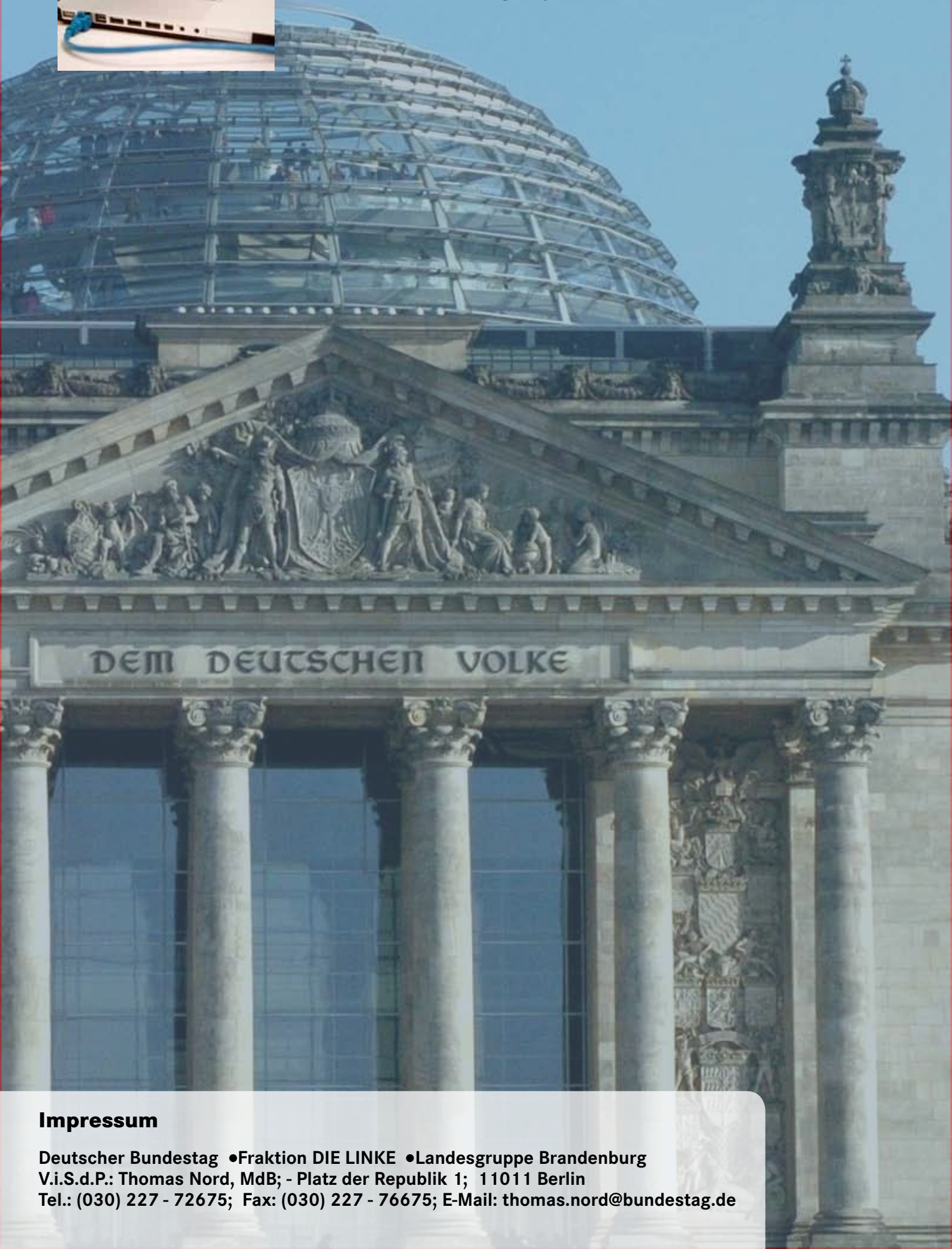
Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 17.12.2010



Impressum

Deutscher Bundestag •Fraktion DIE LINKE •Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; - Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de